

---

**Textrekonstruktion: Dawisha, Aheed (2005): "The New Iraq. Democratic Institutions and Performance." Journal of Democracy. Vol 16. No. 3: 35-49.**

**Thema**

Die Dynamik des politischen Klimas und das Kräfteverhältnis im Irak in der Zeit nach den Wahlen und vor der Verfassungsausarbeitung, vor allem in Bezug auf ethnische Spaltungen.

Kernargument – Die neue irakische Regierung auf einer Grundlage ethnisch-konfessioneller Trennung zu bilden, ist eine schlechte Idee. Der Fokus sollte auf der Entwicklung einer demokratischen Tradition liegen, die über ethnischen Linien hinaus geht und Parteien auf Grundlage der Ideologie anstatt nur entlang ethnischer Linien unterscheidet.

**Thesen**

Die Natur des Wahlprozesses/Systems:

-Party-list proportional representation war die beste Wahl der vorhandenen Wahlsysteme, wegen der geringen Möglichkeit der Kandidaten von sich aus einen Wahlkampf zu führen. Perfekt ist es aber nicht, weil sich der Gewählte nicht einem Volk oder einer Region gegenüber verantworten muss. Die Zusammensetzung des Parlaments ist damit ausgeglichen. Es gibt nicht so viele kleine Parteien, um einen wirkungsvollen Kompromiss zu gefährden. Oder auch keine große Mehrheit einer Partei, die zu dessen Dominanz führen könnte. Entscheidungen werden in einem Prozess von Kompromiss und Vermittlung unter Parteien gebildet und implizieren Genauigkeit und Eile. Die derzeitigen politischen Methoden, die kurzfristig passend scheinen, könnten die Aussichten darauf, eine Demokratie zu etablieren und Konflikte zu lösen, in langer Hinsicht schädigen. Die gegenwärtige Art der Machtverteilung und Übereinstimmung ist ein Beispiel dafür.

Die Anerkennung der ethnischen Unterschiede

Sollte die Machtausübung über die Besetzung der wichtigsten Regierungsposten hinausgehen und sich auf alle Ämter des neuen irakischen Staates ausdehnen, verstärken sich wahrscheinlich die ethno-religiösen Bindungen und Spannungen. Die Bürger werden dann, die Interessen ihrer verschiedenen Gruppierungen über das allgemeine Interesse der Gemeinschaft stellen.

Der Irak muss versuchen zu vermeiden, die verschiedenen Identitäten zu sehr zu unterstreichen, sonst besteht die Gefahr dass die Flexibilität im Verhandeln verloren geht, und interne Reibungen politische Eruptionen verursachen.

Obwohl der Weg der Einbeziehung die beste vorhandene Strategie bleibt, sollten Politiker tun was sie können, um die Grundlage für eine zukünftige friedliche und offene Konkurrenz zu legen, in der ethno-religiöse Identitäten sich nicht in örtlich festgelegte politische Spaltungen versteifen.

Dazu sollte der Fokus auf Parteipolitik liegen, da Demokratie (im Gegensatz zur Autokratie) für eine pluralistische Vorstellung des Staatsinteresses sorgt, die anerkannt werden muss.

Parteien müssen bereit sein, Oppositionen zuzulassen und mit in ihre Regierungspolitik einzubeziehen, sonst besteht die Gefahr einer „Konsensautoritarie“, obwohl der Irak dem entgegen kann.

Der Föderalismus:

Im Irak scheint sich ein ethno-religiöser (anstatt ein lediglich territorialer) Föderalismus zu entwickeln. Dies ist gefährlich, da Föderalismus, der mit gesellschaftlichen Unterteilungen entwickelt wurde, zu leicht Übel fördern könnte, die von der ethnischen Säuberung zum Bürgerkrieg und zur Abspaltung führen.

Artikel 61C, verordnet dass eine 2/3 Mehrheit gegen die neue Verfassung in drei oder mehr von Iraks' 18 Provinzen genügt um das Gesetz auf das Referendumstadium zurück zu versetzen, was für den Prozess wichtig werden wird, da alle Gruppen automatisch ein Vetorecht haben. Es ist fraglich ob alle Parteien durch konstitutionelle Diskussionen zu einem Kompromiss kommen wollen.

### Die Sunnis

Die Sunnis sind zerrissen. Einerseits haften sie der Hoffnung an, dass sie ihren führenden Status wiedergewinnen - es gibt keinen Weg zu diesem Ziel ausser durch Gewalttätigkeit. Andererseits bringt die Realität langsam die Sunnis in die Richtung der pragmatischen Anpassung. Die Bemühungen, die die Kurden und die Shi'iten gemacht haben sie in den politischen Prozess einzuschließen, sollten helfen, sie in die Richtung der Mäßigung zu dirigieren.

### Andere Probleme

*Kirkuk:* Der Streit um diese Stadt ging schon lange vor Saddam's Zeit los, und wird auch nicht so schnell gelöst werden. Der kurdische Anspruch an Kirkuk konnte die entstabilisierende Streitfrage sein.

*Islam:* Die Möglichkeit, dass ein geistlicher Staat wie der Iran oder sein etwas getarntes Äquivalent zwischen dem Tigris und dem Euphrat entsteht, bleibt eine reale und beunruhigende Möglichkeit für viele Iraker. Das facettenreiche Sozialmosaik des Irak ist vermutlich der beste Schutz gegen diese befürchtete "Iranification."

*Shari'a und Frauen:* Es besteht die Gefahr dass Irak's verhältnismäßig liberale Familiengesetzgebung durch die Shari'a ersetzt wird, was die Grundrechte der Frauen einschränken würde. Frauen besetzen fast ein Drittel der Sitze in der Nationalversammlung - aber ob sich diese Zahl in wirkungsvollen politischen Einfluss überträgt ist unklar. Frauen müssen feststellen, dass Zahlen an und für sich nicht Einstellungen ändern. Sie müssen jetzt noch eine psychologische Schwelle überwinden. Eine Demonstration ihrer Durchsetzungsfähigkeit ist notwendig um eine zukünftige Machtverminderungsstrategie zu vermeiden.

Kompromisse wurden während der Verhandlungsphase nach der Wahl nur am Rande geschlossen. Die Hauptstreitfragen wurden nicht gelöst, und werden in Zukunft wieder Konflikte auslösen. Trotz der langen Verhandlungszeit nach der Wahl, kann dieser Streit positiv betrachtet werden, in dem die verschiedenen Parteien ihre Ziele durch Diskussionen unter der Schirmherrschaft von Demokratie anstreben, statt Gewalt anzuwenden.

Die Frage lautet nicht, ob der Irak geteilt ist, sondern wie diese Teilungen die Zukunft betreffen. Es gibt 2 Möglichkeiten: Sie können tiefer und weiter werden, und im schlimmsten Fall zu Krieg führen. Oder sie können die Triebfeder und der Anreiz für ein System von gegenseitiger Kontrolle werden, die Demokratie fördert.

### **Kritische Bewertung**

- Die Behandlung der Sunnis geht nicht tief genug.
- Die Annahme, dass die Verfassung so leicht durch Artikel 61C gestrichen werden kann ist fraglich, da die Legitimität der Regierung durch das Volk sowieso fraglich ist.

### **Fragen zur Diskussion**

- Wird infolge der schon starken ethnischen Scheiterungen im Irak, eine Verteilung von Regierungsposten entlang ethnischer Linien wirklich einen so großen Unterschied machen? Wie tief können diese Trennungen noch sich noch verstärken?
- Dawisha behauptet dass die ethnischen Teilungen in Irak zu einem Anreiz für ein System von gegenseitiger Kontrolle werden können – ist das realistisch?
- Die Shi'iten und Kurden versuchen schon die Sunnis in die neue Regierung mit einzubeziehen, aber sind Regierungsposten ausreichend?
- Haben die Parteien genug Einfluss in den verschiedenen Provinzen, um zu garantieren dass die Bevölkerung ihre Befehle befolgen würde und durch Artikel 61C tatsächlich die Verfassung streichen würde?